



Bericht des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.

Peter Gruss

vor dem Wissenschaftlichen Rat

**am 19. Februar 2004
in Berlin**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Altpräsidenten Lüst, Zacher und Markl,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Mit folgenden Worten reagierte der Chefsingenieur der britischen Post 1896 als ihm Graham Bell den praktischen Nutzen des Telefons demonstriert hatte: „Nein, Sir. Die Amerikaner brauchen vielleicht das Telefon, wir aber nicht. Wir haben sehr viele Eilboten“. Fünfzig Jahre später war der Chef der Filmgesellschaft 20th Century Fox davon überzeugt, „Der Fernseher wird sich auf dem Markt nicht durchsetzen. Die Menschen werden sehr bald müde sein, jeden Abend auf eine Sperrholzkiste zu starren“.

Sie sehen, meine Damen und Herren, so ist das mit Innovation: Allseits erwünscht und dennoch mit großen Schwierigkeiten behaftet, sich im einzelnen durchzusetzen.

Seit mit den *Weimarer Leitlinien* Anfang Januar der Startschuss für die so genannte Innovationsoffensive des Bundeskanzlers fiel, ist Innovation wieder einmal in aller Munde. Gewünscht werden die visionären Innovationen, die heute noch unvorstellbar, aber Morgen bereits zum Produkt geworden sind.

Unstrittig ist, dass die wirtschaftliche und soziale Erneuerungskraft einer Gesellschaft besonders im Zeichen des globalen Wettbewerbs über Wohlergehen und Wohlstand ihrer Bürger entscheidet, und somit Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland wichtige Ziele der Politik sein müssen. Doch man darf diese Ziele nicht auf Produktentwicklung reduzieren! Die moderne Bedeutung des Begriffs Innovation, im Sinne technisch-ökonomischer Entwicklung ist entscheidend durch den österreichischen Ökonomen Joseph Alois Schumpeter geprägt. Innovation als „schöpferische Zerstörung“ findet damit nicht nur im technischen, sondern auch im politischen wie im sozialen Raum statt und gilt als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung.

Gerade wir aber als Max-Planck-Gesellschaft müssen in dieser Diskussion immer wieder verdeutlichen, dass Innovation das letzte Glied einer wechselseitig verschränkten Prozesskette ist, die mit der Ideenbildung und der Erforschung der Grundlagen beginnt und über anwendungsorientierte Forschung zu marktfähigen Produkten führt. Grundlage einer jeden Innovation ist die Vermehrung menschlichen Wissens und Könnens durch

wissenschaftliche Forschung und technische Entwicklung, denn: Mehr Wissen bedeutet in der Regel auch mehr Können. Wissen ist – weit vor Bodenschätzen und Finanzkapital – der wichtigste Produktionsfaktor der modernen technischen Zivilisationen geworden.

Bereits in ihrer Koalitionsvereinbarung 1998 hatten die Regierungsparteien formuliert, „Bildung, Forschung und Wissenschaft sind unsere Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“, und man wolle deshalb „der Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik in Deutschland einen herausragenden Stellenwert geben“. Nachdem diese Ankündigung, nicht zuletzt durch die UMTS-Mittel, umgesetzt wurde, erlahmten die Anstrengungen wieder, wie wir alle schmerzlich letztes Jahr erleben mussten. Jetzt bleibt für uns zu hoffen, dass der Innovationsoffensive, die sich als zweiter Teil der Agenda 2010 versteht, Taten folgen werden.

Die bildungs- und forschungspolitischen Aussagen in den Weimarer Leitlinien haben eine öffentliche Debatte über notwendige Neuansätze in der staatlichen Innovations-, Bildungs- und Forschungspolitik ausgelöst. Es wird endlich erkannt, dass für Deutschland dringender Handlungsbedarf besteht, um bei der von unseren Weltmarktkonkurrenten vorgegebenen Dynamik auf Dauer mithalten zu können.

Wir begrüßen die Initiative im Wesentlichen aus drei Gründen:

Erstens, weil damit die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung von Bildung und Forschung in den Vordergrund rückt und bestehende Missstände auf die politische Agenda gesetzt werden.

Zweitens, weil der Bund erneut das Ziel bekräftigt, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. - Wir hoffen, dass auch die Bundesländer dieses Ziel mittragen. -

Drittens, weil die Wissenschaftsorganisationen vor diesem Hintergrund ihre finanziellen Forderungen mit mehr Nachdruck erheben können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden die bevorstehenden Haushaltsverhandlungen als Prüfstein für die Ernsthaftigkeit der politischen Initiative betrachten!

Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass eine Erhöhung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis 2010 auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einen jährlichen Anstieg der öffentlichen Ausgaben für diesen Bereich um 8 bis 10 Prozent bzw. mehr als einer Milliarde Euro zur Folge haben müsste!

Ein Kristallisationspunkt der gegenwärtigen Debatte ist die Diskussion um Sinn und Unsinn von Eliteuniversitäten. In diesem Zusammenhang scheint mir übrigens der Favorit für den *schlechtesten Slogan des Jahres* identifiziert: „*Brain up!* Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten“. Dass mit Casting-Shows die Besten nicht zu identifizieren sind, hat Frau Schipanski so auf den Punkt gebracht: „Deutschland suchte den Superstar und bekam Daniel Küblböck!“ Ich denke, man hätte wohl kaum eindrucksvoller formulieren können, dass Polit-Shows uns nicht weiterhelfen. Stattdessen bedarf es ernsthafter Anstrengungen:

Wir sind uns alle einig, dass die Hochschulen die Basis von Lehre und Forschung bilden. Bestimmen doch Qualität und internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen die Qualität der akademischen Ausbildung für die Wissenschaft ebenso wie für die Arbeitswelt. Trotz jahrzehntelanger chronischer Unterfinanzierung ist es den deutschen Universitäten gelungen, ein respektables Ausbildungsniveau zu bewahren, und deutsche Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler sind nach wie vor auch im Ausland höchst willkommen. Doch die Folgen der Unterfinanzierung werden zunehmend sichtbar. Es bleibt daher unbestritten: Bei der derzeitigen Lage der Hochschulen ist ihre besondere finanzielle Förderung das Gebot der Stunde!

Spätestens die Diskussion um die Eliteuniversitäten hat verdeutlicht, dass die deutschen Hochschulen nicht nur unter einer Finanzkrise leiden, sondern auch mit einer Strukturkrise konfrontiert sind. Den Universitäten bislang keine ausreichende wettbewerbsorientierte Profilbildung gelungen. Leistungsdifferenzierung durch Leistungswettbewerb sollte das Profil so schärfen, dass die Spitzen erkennbar werden.

Diese Profilbildung der Universitäten ist ein mittel- bis langfristiger Prozess, der *idealerweise* im Verbund mit den Potenzialen außeruniversitärer Forschungseinrichtungen erfolgen sollte. Das heißt aber auch, dass eine verbesserte Finanzierung der Universitäten nicht auf Kosten der Max-Planck-Gesellschaft oder der anderen außeruniversitären Einrichtungen gehen kann. Vielmehr muss das Wissenschaftssystem in Deutschland als Ganzes gestärkt werden, um seine Qualität zu verbessern. Was wir heute brauchen, ist Mittelerrhöhung und nicht Umverteilung!

Wir als Max-Planck-Gesellschaft können erheblich zur Profilbildung der Universitäten sowie zur Bildung von Exzellenzzentren beitragen, denn wir verfügen über die international anerkannten Mechanismen und Strukturen zur Exzellenzbildung und -sicherung. Bereits heute arbeiten wir mit Universitäten eng zusammen, in manchen Fällen kann man geradezu von einer Symbiose sprechen. Viele von Ihnen – ich möchte sogar behaupten, die meisten – lehren an den deutschen Hochschulen, manche sind sogar im Haupt- oder Nebenamt an einer Universität tätig. Andererseits rekrutiert die Max-Planck-Gesellschaft ihren wissenschaftlichen Nachwuchs zu einem hohen Prozentsatz aus den deutschen Hochschulen. *International Max Planck Research Schools*, Tandem-Projekte und Forschergruppen an Universitäten verstärken die Kooperation. Alle diese Initiativen haben der Max-Planck-Gesellschaft neue Impulse gegeben. Sie haben dazu geführt, dass sich unser Verhältnis zu den Universitäten in den letzten Jahren sehr stark verbessert hat. Unsere *International Max Planck Research Schools* gelten heute als ein vorbildliches Modell für eine international ausgerichtete Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Mittlerweile haben wir 29 *Schools* eingerichtet mit fast 1000 Studenten. Mehr als die Hälfte kommt aus dem Ausland. Lieber Herr Markl, vielen Dank für Ihre Weitsicht, denn in Ihrer Amtszeit wurden eben diese Instrumente entwickelt!

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen in unserem Engagement in Bezug auf die Universitäten nicht nachlassen! Nur gemeinsam mit Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen können die allseits geforderten Exzellenzzentren, die *cluster*, entstehen, nach Möglichkeit unter Einschluss der Wirtschaft. Ich bitte Sie hier um Unterstützung, damit die Max-Planck-Gesellschaft kraftvoll und aktiv entscheidende Impulse in diese Richtung setzen kann.

Die Forderungen an die Politik sind eindeutig:

Will man diese Förderung von Exzellenz vorantreiben, müssen erstens die jeweiligen Einrichtungen über eine international konkurrenzfähige Mittelausstattung verfügen. Zweitens müssen all jene Strukturen und Instrumente verstärkt werden, die zu einer verbesserten Kooperation und Verflechtung zwischen Universität und außeruniversitären Forschungseinrichtungen führen.

Zusammen mit den Vertretern der anderen Wissenschaftsorganisationen hatte ich am Montag die Gelegenheit, Frau Bulmahn unsere Haltung im einzelnen zu verdeutlichen. Vor diesem Gespräch hatten wir als Allianz an die Ministerin ebenso wie an den Bundeskanzler eine gemeinsame Stellungnahme geschickt, die Ihnen ebenfalls vorliegt.

Frau Bulmahn hat sich gegenüber den Vertretern der Wissenschaftsorganisationen für eine verlässliche Finanzierung über einen längeren Zeitraum ausgesprochen. Dafür forderte sie einen Pakt für Wissenschaft und Innovation. Als Ziele dieses Pakts nannte sie unter anderem: Stärkere Vernetzung, mehr Wettbewerb, Stärkung der

Nachwuchsförderung, ergänzende Fördermaßnahmen, Beseitigung von bürokratischen Hemmnissen.

Da ich mich bereits in meiner Antrittsrede für einen Pakt für die Wissenschaft ausgesprochen habe, betrachte ich diese Initiative der Ministerin mit großer Sympathie. Allerdings hoffe ich doch sehr, dass dieser Pakt auch eine Chance auf Umsetzung hat. Denn die aktuellen Schritte, wie die Reduktion der Projektförderung des BMBF, auf die ich später noch eingehen werde, wie auch die Bestrebungen in der Bundesstaatskommission, die Entflechtung von Bund- und Länderaufgaben im Bereich Bildung und Forschung voranzutreiben, sprechen eine andere Sprache.

Die Gemeinschaftsfinanzierung der Max-Planck-Gesellschaft durch Bund und Länder stärkt auch die regionale Verankerung der Max-Planck-Institute und stellt damit eine wichtige Basis für die Kooperation mit den Universitäten vor Ort dar.

Die Max-Planck-Gesellschaft profitiert heute von der gemeinsamen Finanzierung durch Bund und Länder des weiteren im Hinblick darauf, dass durch eine Balance der jeweiligen Interessen ihre Autonomie gesichert ist. Dies ist ein hoher Wert. Natürlich kennen wir auch die Schwächen dieses Systems, in dem das finanzschwächste Bundesland tendenziell bestimmt, wie am Ende unser Haushalt ausfallen wird. Wir sind aber dennoch der Überzeugung, dass, gemessen an den Optionen einer reinen Bundes- bzw. einer reinen Länderfinanzierung der Max-Planck-Gesellschaft, die bekannten Schwächen des bisherigen Systems vorzuziehen sind. Im Übrigen bemühen wir uns aktiv, in der gegenwärtigen Entflechtungs-Debatte die Prinzipien der Gemeinschaftsfinanzierung für die Max-Planck-Gesellschaft zu verteidigen, zugleich aber Verbesserungen bei der Ausgestaltung anzumahnen.

Meine Damen und Herren, die Sozialdemokraten haben mit den Weimarer Leitlinien nicht nur die Elite entdeckt. Die Diskussion um Bildung und Forschung, die mit der Innovationsoffensive in Gang gesetzt wurde, geht über die Finanzierungsfragen hinaus. Vielmehr ist die deutsche Forschungslandschaft in Bewegung geraten.

Was bedeutet diese Strukturdebatte für uns?

Die Max-Planck-Gesellschaft nimmt innerhalb der deutschen Forschungslandschaft eine herausragende Position ein. Dies gilt auch für die breite öffentliche Wahrnehmung. Aktuell wurde die Max-Planck-Gesellschaft im Image-Ranking von „Junge Karriere“, dem Job- und Wirtschaftsmagazin des Handelsblatts, auf Platz eins der besten nichtuniversitären Forschungsstätten gewählt.

Unser Alleinstellungsmerkmal im deutschen Forschungssystem kennen Sie alle: Wir sind eine international anerkannte Organisation der Spitzenforschung, die imstande ist, die anspruchvollsten Themen zu identifizieren, die besten Forscherpersönlichkeiten zu gewinnen und ihnen attraktive Arbeitsmöglichkeiten für ihre wissenschaftliche Tätigkeit zu bieten.

Wir genießen in unserem Handeln eine Entscheidungsfreiheit, wie sie national und international ihresgleichen sucht. Manche unserer Partnerorganisationen beneiden uns darum, weil sie darin einen wesentlichen Wettbewerbsvorsprung erkennen. Diese Autonomie stellt aber zugleich eine große Verpflichtung dar. Nur wenn wir weiterhin unserem Anspruch auf Exzellenz in der Grundlagenforschung auf international höchstem Niveau gerecht werden, wird man uns weiterhin das notwendige Vertrauen schenken. Nur so werden wir deutlich machen können, dass wir angemessene Rahmenbedingungen und eine angemessene Finanzierung benötigen und erhalten müssen.

Diesen Anspruch auf Exzellenz belegen die Vielzahl von Auszeichnungen und Preisen, die unsere Kolleginnen und Kollegen auch im vergangenen Jahr wieder erhalten haben, ebenso wie die hohe Zahl von Publikationen von Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftlern aus den Max-Planck-Instituten. So sind an einem Drittel aller aus Deutschland stammenden Publikationen in den wichtigsten wissenschaftlichen Journalen, Forscher der Max-Planck-Gesellschaft beteiligt!

Aber besondere Leistungen sollten auch besonders belohnt werden. Um im internationalen Wettbewerb um die Besten bestehen zu können, haben wir uns seit längerem bemüht, Ihnen als Direktorinnen und Direktoren international wettbewerbsfähige Gehälter entsprechend Ihren Leistungen zu bieten.

Bestand bislang kaum eine Möglichkeit, die gesetzlich geregelten Gehälter anzuheben, so hat sich die Situation mit dem Professorenbesoldungsreformgesetz für uns nun etwas verbessert.

Hintergrund für dieses Wortungetüm ist das Bestreben der Bundesregierung, das Dienstrecht für das Hochschulpersonal umfassend zu modernisieren und die Anstellungs- und Vergütungsbedingungen im gesamten Wissenschafts- und Forschungsbereich zu optimieren. Die W-Besoldung gilt in Zukunft für jene von Ihnen, die explizit den Wunsch dazu äußern bzw. jene, die nach dem 1. Januar d.J. in die Max-Planck-Gesellschaft berufen werden.

Über die Einzelheiten der damit eingeführten W-Besoldung in der Max-Planck-Gesellschaft wurden Sie bereits durch ein ausführliches Rundschreiben von Frau Bludau informiert. Auch Herr Hopt ist gerade darauf eingegangen.

Wir müssen aber sicherstellen, dass wir genügend Finanzreserven für die so genannten Besonderen Leistungsbezüge haben, die für herausragende Leistungen in Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung vergeben werden.

Eine maßgebliche Grundlage für die Bewertung wird daher das Ergebnis der Evaluation durch den Fachbeirat sein.

Ich weiß, dass manche diese Ausdehnung der Aufgaben des Fachbeirats sehr kritisch sehen. Dazu möchte ich folgendes anmerken: Für eine finanzielle Honorierung besonderer Leistungen müssen diese Leistungen festgestellt werden. Dies kann nur von einem Gremium von Experten getan werden. Ein Expertengremium ist mit den Fachbeiräten bereits etabliert. Ihre Aufgabe besteht seit langem darin, zum einen die Arbeit der Institute zu evaluieren und zum anderen die Institute zu beraten, wie sie in Zukunft ihre Ergebnisse noch verbessern können. In diesem Kontext ist auch immer die Arbeit der Direktoren und der leitenden Wissenschaftler bewertet worden. Dieses Urteil wird nun für die Entscheidung über eine Erhöhung der persönlichen Bezüge herangezogen. Nicht als einziges Kriterium, aber als ein wesentliches unter anderen.

Wir haben bewusst auf detaillierte Regelwerke verzichtet. Im wesentlichen werde ich die Entscheidung – nach Beratung mit den Vizepräsidenten – fällen. Damit folgen wir auch einer Empfehlung des Intersektionellen Ausschusses.

Den Chancen, die sich mit der Umsetzung der W-Grundsätze für die Berufungspolitik der Max-Planck-Gesellschaft auftun, steht eine zeitgleich eingeführte Einschränkung bei Berufungen von Kolleginnen und Kollegen aus deutschen Hochschulen entgegen:

Mit der Einführung der W-Grundsätze für die Max-Planck-Gesellschaft müssen wir seit 1. Januar bei *allen* Berufungen von deutschen Hochschulen die Zustimmung des zuständigen Ministers oder der Ministerin des jeweiligen Landes einholen. Dies betrifft mehr als die Hälfte der Berufungen an die Max-Planck-Gesellschaft. Wir sind nun verpflichtet, von einer Berufung abzusehen, wenn die Professorin oder der Professor *innerhalb der letzten drei Jahre* in ein Amt der Besoldungsgruppen C 4 oder W 3 ernannt oder die Besoldung in Folge von Bleibeverhandlungen erhöht worden ist - außer die zuständige Ministerin oder der Minister stimmen ausdrücklich zu. Das bedeutet, dass

wegen dieses *de facto* Vetorechts der zuständigen Länderminister bei Rufen von deutschen Hochschulen unser Berufungsverfahren entsprechend angepasst werden muss.

An dieser Stelle lassen Sie mich über die im vergangenen Jahr ergangenen Rufe, Rufannahmen und Absagen informieren:

In erster Lesung wurden 19 Wissenschaftler zu Wissenschaftlichen Mitgliedern der Max-Planck-Institute berufen. Davon waren bzw. sind 9 an einer deutschen Universität tätig. Sechs wurden aus dem Ausland berufen: zwei aus den Niederlanden, je eine Berufung ging nach Frankreich, Schweden, Dänemark und in die USA. Vier Wissenschaftler waren bereits in der Max-Planck-Gesellschaft tätig.

Zwei Rufe wurden abgesagt.

Besonders bedauerlich ist, dass lediglich eine Frau berufen wurde! Ich möchte in diesem Zusammenhang dringend an Sie appellieren: Hier haben wir Handlungsbedarf in dieser Gesellschaft!

Im Laufe des vergangenen Jahres haben 22 Wissenschaftliche Mitglieder die Arbeit aufgenommen, davon werden 3 ihre Aufgaben nur im Nebenamt neben der Tätigkeit als Hochschullehrer wahrnehmen. Zehn der Wissenschaftlichen Mitglieder kommen aus dem Ausland: vier aus den USA, zwei aus Österreich, je einer aus Australien, Dänemark, Japan und Großbritannien.

Das Durchschnittsalter der Neuberufenen lag bei etwas mehr als 46 Jahren. Genau im Durchschnitt befand sich die Biologisch-Medizinische Sektion. Etwas jünger waren die Berufenen in der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion mit 45,51 Jahren. Mit 48,29 Jahren liegt die Geisteswissenschaftlichen Sektion über dem Durchschnitt der Gesamtgesellschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Durchschnittswerte zeigen uns Jahr für Jahr, dass wir mehr Mut zur Berufung jüngerer Kollegen aufbringen sollten!

Um uns diesen Schritt zu erleichtern, haben wir die sogenannte „schlanke“ Berufung eingeführt. Das heißt, dass sehr junge Kolleginnen und Kollegen, die mit ihren Arbeiten bereits große Hoffnungen wecken, mit einer etwas reduzierten Ausstattung berufen werden können. Wenn nach sechs Jahren deutlich ist, dass das in sie gesetzte Vertrauen begründet war, wird diese Ausstattung entsprechend aufgestockt.

Man muss froh sein, dass wir im vergangenen Jahr diese Berufungen überhaupt realisieren konnten! Denn fast genau vor einem Jahr stand ich vor Ihnen und musste Ihnen erklären, dass die Überrollung des Haushalts der Max-Planck-Gesellschaft uns zu erheblichen Konsolidierungsmaßnahmen zwingt. In den drei Sektionen setzte daraufhin ein Prozess ein, in dessen Verlauf diese strukturelle Krise größtenteils behoben werden konnte. Ein Jahr später freuen wir uns über die Erhöhung des Haushalts der Max-Planck-Gesellschaft um 3 Prozent. Damit können wir zwar noch keine Entwarnung geben, und die Beschlüsse aus dem Konsolidierungsprogramm müssen weiterhin zügig umgesetzt werden, aber eine zweite lineare Kürzungsrunde musste im geplanten Ausmaß nicht umgesetzt werden.

Ich denke, wir können heute als Gesellschaft stolz sein, wie wir mit dieser Krise umgegangen sind. Und glauben Sie mir, ich verkenne keineswegs die schwerwiegenden Auswirkungen, die die Konsolidierungsmaßnahmen für einzelne Abteilungen, Institute und unsere Gesellschaft als solche hat. Aber während dieses Prozesses wurde auch deutlich, dass wir eine Organisation sind, der es gelingt, gemeinsam und solidarisch zu einer tragfähigen Lösung zu kommen. Diese Stärke ist mir von vielen Beobachtern anerkennend bestätigt worden. Ich danke allen für Ihren Beitrag!

Doch trotz der Erhöhung unseres Haushalts um 3 Prozent sehen wir uns in diesem Jahr wiederum einer finanziellen Belastung gegenüber, die sich auf mehr als die Hälfte der Institute zum Teil gravierend auswirkt. Die Kürzung der forschungsbezogenen Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung um 8 Prozent und die gleichzeitige Anhebung der Haushalte der Wissenschaftsorganisationen um 3 Prozent hat dazu geführt, dass das BMBF seine Projektförderung erheblich kürzt. Mit der Folge, dass wir von der Projektförderung in weiten Bereichen de facto ausgeschlossen werden. Viele von Ihnen haben mir in Briefen und im persönlichen Gespräch geschildert, welche schwerwiegenden Folgen dies für einzelne Institute hat. Hochgerechnet sprechen wir von einem Finanzierungsausfall von potenziell mehr als 50 Mio. Euro pro Jahr, dem eine Erhöhung des Gesamthaushalts der Max-Planck-Gesellschaft von drei Prozent, das heißt 28 Millionen Euro entgegensteht. Der Anteil des Bundes beträgt folglich 14 Millionen Euro.

Natürlich stehen Ihnen die herkömmlichen Finanzierungswege offen, wie die Apparatemittel, die Zentralen Verstärkungsmittel und - wenn den Förderkriterien entsprechend - auch der neu eingerichtete Innovationsfonds. Wir können aber auf keinen Fall eine Summe von möglicherweise 50 Millionen Euro aus dem laufenden Haushalt übernehmen. Eine Ausfallbürgschaft für entgangene Drittmittel ginge weit über unsere Möglichkeiten hinaus. Außerdem muss die Max-Planck-Gesellschaft, um sich ihre Erneuerungsfähigkeit zu bewahren, eine gewisse Flexibilität haben, besonders innovative Vorhaben aufnehmen zu können.

Um einen mittelfristigen finanziellen Spielraum für besonders originelle und innovative Vorhaben der Institute sowie für grundsätzlich neue Aktivitäten zu bekommen, wurde mit meinem Amtsantritt vor nun fast zwei Jahren ein Strategischer Innovationsfonds eingerichtet. Den Anstoß dazu gaben einerseits die sich abzeichnende Haushaltssituation und andererseits die Empfehlung der Internationalen Kommission zur Systemevaluation. In der Empfehlung wurde eine „zentrale Mittelreserve zur Förderung von Innovationen, Erprobung neuer Arbeitsformen und Erschließung neuer Forschungsfelder“ angemahnt. Aber auch meine vielen Gespräche mit Ihnen, in denen Sie mir immer wieder versicherten, für wie dringend Sie ein derartiges Instrument halten.

Um die künftige Handhabung des Innovationsfonds eindeutig und für alle Beteiligten so transparent wie möglich zu gestalten, haben wir jetzt einen Kriterienkatalog sowie ein zweistufiges Vergabeverfahren entwickelt. Der Kriterienkatalog besteht aus einer Liste von förderungswürdigen Einzelmaßnahmen, Programmen oder Vorhaben, die nach heutiger Einschätzung des Präsidiums eine „hohe Qualität“ für die Max-Planck-Gesellschaft besitzen.

Die bisher beschlossenen Förderbereiche des Innovationsfonds lassen sich in zwei Bereiche gliedern, die sich auch im Kriterienkatalog widerspiegeln: Strategische Programme und Forschungsschwerpunkte.

Mit den strategischen Programmen verfolgen wir spezifisch-definierte, mittelfristige forschungspolitische Ziele. Denken Sie beispielsweise an die strukturierte Doktorandenförderung im Rahmen der *International Max Planck Research Schools*, die Projekte zur Stärkung der Vernetzung mit Universitäten oder zur Verbesserung der Internationalisierung der Max-Planck-Gesellschaft. Diese Programme stellen keine statische Größe dar, sondern können nach einer Überprüfung auslaufen, in den normalen Haushalt übergehen oder durch neue ersetzt werden.

Eine wichtige Rolle bei der Identifikation von besonders innovativen Forschungsgebieten, die auf die Zielsetzung und Förderstrategie des Strategischen Innovationskorridors Einfluss nehmen werden, wird die Fortschreibung der Forschungsperspektiven der Max-Planck-Gesellschaft (Arbeitstitel: „Forschungsperspektiven MPG 2005 plus“) spielen.

Das Präsidium wird dabei auf die Beratungsfunktionen der bestehenden Gremien, wie den Senatsausschuss für Forschungsplanung, die Präsidentenkommissionen, die Sektionen und ihre Perspektivenkommissionen zurückgreifen.

Im Präsidium werden wir über den Innovationsfonds viermal pro Jahr beraten. Die vorliegenden Anträge werden auch hinsichtlich anderer möglicher Finanzierungswege innerhalb der Zentralen Mittel geprüft. Neben dem Innovationsfonds kann eine Förderung unter dem Titel „MPG-Projekte“ (z.B. Sachverstärkungsmittel) oder aus zentralen Apparatemitteln (insbesondere bei reinen Investitionsvorhaben) in Betracht kommen. Entscheidend für eine Förderung aus dem Innovationsfonds ist – neben dem selbstverständlichen Kriterium der wissenschaftlichen Exzellenz – die strategische Qualität des Vorhabens. Grundsätzlich sind im Rahmen des Innovationsfonds bewilligte Mittel als Anschubfinanzierung zu betrachten, die entweder einmalig oder auch befristet über einen gewissen Zeitraum erfolgen kann. Die Höhe des Innovationsfonds wird jeweils neu im Rahmen der alljährlichen Mittelfristigen Finanzplanung an die erwartete Entwicklung des Gesamthaushalts angepasst. Für das Basisjahr 2004 wurde er auf knapp 9 Millionen Euro festgelegt. Für den MifriFi-Zeitraum bis zum Jahr 2008 ist ein stetiger Zuwachs im Strategischen Innovationsfonds eingeplant.

Trotz dieser erfreulichen Entwicklung des Innovationsfonds bleibt nach wie vor die schwierige finanzielle Situation der Max-Planck-Gesellschaft. Sie sollten sich bewusst sein, dass bei dem gegenwärtigen Finanzvolumen nur eine begrenzte Zahl von Anträgen eine Chance auf eine Finanzierung haben kann.

In den nächsten Monaten werden mit der eben schon angesprochenen Fortschreibung der Forschungsperspektiven in den Instituten Ideen und Vorschläge für neue Forschungsthemen generiert, die das Forschungsgebiet im kurz- bis mittelfristigen Zeitraum vorantreiben und sogar neue Gebiete eröffnen werden.

Herrn Mehlhorn danke ich schon heute herzlich dafür, dass er es übernommen hat, dieses Projekt „Forschungsperspektiven der Max-Planck-Gesellschaft“ zu betreuen. Ebenso gilt mein Dank allen Kolleginnen und Kollegen, die sich aus den drei Sektionen bereit gefunden haben, die Themenfelder zu identifizieren und Texte zu verfassen.

Eine Gründungsinitiative, die ganz maßgeblich auf die Forschungsperspektiven der Max-Planck-Gesellschaft aus dem Jahr 2000 zurückgeht, gibt Hoffnung auf ihre Umsetzung. In der Broschüre 2000 plus hatte die Chemisch-Physikalisch-Technische Sektion ein zweites Max-Planck-Institut auf dem Gebiet der Informatik als notwendig identifiziert. Bei meinen Treffen mit den Ministerpräsidenten der Länder konnte ich eine mögliche Sonderfinanzierung eines Max-Planck-Instituts für Softwaresysteme vorbereiten, so dass in diesen Wochen die Generalsekretärin und der zuständige Vizepräsident konkrete Gespräche mit den Vertretern ausgewählter Länder über diese Option führen.

Seit wenigen Wochen liegt eine weitere Gründungsidee vor. Eine Präsidentenkommission hat abschließend die Einrichtung eines Max-Planck-Instituts auf dem Gebiet der Altersforschung empfohlen. Mit dieser Empfehlung ist auch eine Stärkung der bereits vorhandenen Initiativen in der Geisteswissenschaftlichen Sektion auf diesem Gebiet im Sinne eines Internationalen Netzwerks bzw. virtuellen Instituts beabsichtigt. Heute und Morgen werden sich die Mitglieder der Geisteswissenschaftlichen und der Biologisch-Medizinischen Sektion mit dieser Empfehlung befassen. Es freut mich, dass sich die Perspektivenkommission der BMS bereits positiv zu diesem Vorhaben geäußert hat. Bei einer Befürwortung dieses Vorschlags durch die BMS, zu der ein solches Institut gehören würde, wäre wiederum eine Sonderfinanzierung für einen bestimmten Zeitraum anzustreben. Die Ergebnisse aus den Gesprächen mit den Ländern zum Thema Softwaresysteme werden uns hier eine erste Orientierung geben.

Lassen Sie mich noch auf eine Initiative zu sprechen kommen, die im vergangenen Jahr bewies, dass es sich lohnen kann, sich an die Spitze einer Entwicklung zu setzen –

obgleich sie nicht Forschung im engeren Sinne ist. Im Berliner Harnack-Haus veranstalteten wir im Oktober die internationale Konferenz „Open Access to Knowledge in the Sciences and Humanities“, an deren Ende die „Berliner Erklärung“ unterzeichnet wurde.

Hintergrund für diese Initiative, die maßgeblich von den Kollegen Baldwin, Renn und Schlögl getragen wurde, ist die Überzeugung, dass die Mission, neues Wissen zu erzeugen, von uns als Wissenschaftler nur halb erfüllt ist, wenn dieses Wissen die Gesellschaft, aber auch die Wissenschaft selbst, nicht erreicht. Neue Möglichkeiten der Wissensverbreitung und der wissenschaftlichen Nutzung nach dem Prinzip des „offenen Zugangs“ über das Internet helfen uns dabei, unseren eigenen Auftrag besser zu erfüllen und müssen gefördert werden. Mit der Berliner Erklärung unterstützt die Max-Planck-Gesellschaft die weitere Förderung des neuen „Prinzips des offenen Zugangs“ zum Nutzen von Wissenschaft und Gesellschaft.

Es ist ein großer Erfolg, dass die Erklärung nicht nur von den in der Allianz vertretenen deutschen Wissenschaftsorganisationen unterzeichnet wurde, sondern auch von weiteren internationalen Organisationen. Dazu gehören das Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS) und das Institut National de la Santé et de la Recherche Médicale (INSERM). Inzwischen ist die Zahl der unterzeichnenden Organisationen auf 30 gestiegen. Besonders gefreut habe ich mich über die Unterzeichnung der Berliner Erklärung durch den Präsidenten der Chinese Academy of Science (CAS).

Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, die in der Berliner Erklärung genannten Ziele zügig umzusetzen. Aber auch dies bedarf der intensiven Begleitung und Unterstützung durch Sie, durch die Wissenschaftler und Institute unserer Gesellschaft. Und: Es wird uns die Entscheidung abverlangen, hierfür auch die notwendigen finanziellen und personellen Mittel bereitzustellen. Im Rahmen der e-science-Initiative von Frau Bulmahn werden wir an dieser Stelle erfreulicherweise mit einer finanziellen Unterstützung durch das BMBF rechnen können. Auch ich bin bereit die notwendigen Mittel zentral aus dem Innovationsfonds beriet zu stellen.

Mit der Berliner Konferenz haben wir auch einen Erfolg in anderer Richtung erzielt: In den letzten Sitzungen der Sektionen wurden Sie kontinuierlich über die Entwicklungen der Preisgestaltung der wissenschaftlichen Verlage informiert. Insbesondere mit dem ELSEVIER-Verlag waren die Verhandlungen sehr langwierig und schwierig. Sicherlich auch unter dem Eindruck der Berliner Erklärung konnte schließlich der Preis für das vom Verlag zu erwerbende Paket erheblich reduziert und gleichzeitig das nutzbare Spektrum an Journalen ausgeweitet werden. Der Aufbau einer elektronischen Bibliothek kann nun zügig voranschreiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, dass sich einige von Ihnen die Frage stellen, weshalb sollten wir neue Institute gründen, wenn die bestehenden mit Finanzproblemen zu kämpfen haben? Warum sollten neue Initiativen aus einem Innovationsfonds gefördert werden, statt dieses Geld zu verwenden, um finanzielle Löcher aus der wegfallenden Projektförderung zu stopfen?

Die Antwort ist, wie ich meine, sehr einfach: Die Max-Planck-Gesellschaft kann nicht als konservative und saturierte Gesellschaft bestehen. Wir brauchen den Mut, Neues zu erkennen und aufzunehmen und uns von den Feldern zu trennen, die auf höchstem Niveau bereits bearbeitet sind oder an anderer Stelle bearbeitet werden können. Diese Entschlossenheit, neue Wege zu beschreiten, auch durch sichtbare Schwerpunktsetzungen und besondere fokussierte Förderung, wie dies die Gründung eines Institutes einmal darstellt, muss diese Gesellschaft aufbringen. Wer als die Max-Planck-Gesellschaft wäre besser geeignet, solche Signale des Aufbruchs auszusenden?

Ich hatte Ihnen eingangs dargestellt, welche Chancen die Innovationsoffensive des Bundeskanzlers in sich birgt. Zugleich aber auch, wie die deutsche Forschungslandschaft in Bewegung gerät. Der Ausgang der aktuellen Diskussion ist noch ungewiss.

In der Zukunft wird es auch darauf ankommen, dass wir uns wissenschaftspolitisch verstärkt über die Grenzen Deutschlands hinweg orientieren. Kein europäisches Land kann im Wettbewerb mit den USA alleine bestehen. Daher brauchen wir auf europäischer Ebene neue Instrumente der Forschungsförderung, die auf den länderübergreifenden Forschungsanstrengungen basieren. Nur so können wir eine kritische Masse erreichen.

Bislang war gerade die Grundlagenforschung in der EU-Förderung nur ein Aspekt unter vielen anderen. Nun will sich die Europäische Union im 7. Rahmenprogramm erstmals verstärkt der Grundlagenforschung widmen. Wir unterstützen diese Initiative und setzen uns für die Schaffung eines *European Research Council* ein, das alle Wissenschaftsbereiche umfasst.

Inzwischen hat die EU-Kommission ein Papier veröffentlicht, in dem sie sich zu einer Förderung der Grundlagenforschung auf europäischer Ebene bekennt. Außerdem will sie ab dem 7. Rahmenprogramm beträchtliche Mittel dafür zur Verfügung stellen. Mitte des Jahres sollen die Vorschläge der Kommission vorliegen.

Es bleibt zu befürchten, dass die Kommission eine starke Kontrolle über diese Einrichtung ausüben möchte. Der Ministerrat und die Kommission werden entscheiden, in welcher Rechtsform und mit welchem Regelwerk einem *European Research Council* welcher Grad von Unabhängigkeit zugestanden wird. Wir müssen die Möglichkeiten prüfen, wie eine solche Einrichtung möglichst weit von dem bürokratischen Regelwerk der Europäischen Union entfernt gehalten werden kann.

Gemeinsam mit der DFG veranstalten wir daher am 1. März 2004 im Harnack Haus eine Konferenz zum Thema „*Changes and Challenges for European Research Structures and Politics*“. Mit dieser Tagung sollen einerseits Politiker der Bundesregierung und der Bundesländer und andererseits der EU Kommission, des Europäischen Parlamentes sowie ausgewählter europäischer Länder für die Einrichtung forschungsfreundlicher Rahmenbedingungen in Europa gewonnen werden. Außerdem haben Präsidenten vieler europäischer Forschungsorganisationen ihr Kommen zugesagt.

Doch unser Blick muss über den eurozentristischen Tellerrand hinausgehen:

Internationalität ist für die Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute eine *conditio sine qua non* zur Sicherung ihrer wissenschaftlichen Exzellenz und Wettbewerbsfähigkeit. Internationale Beziehungen tragen maßgeblich zur Erreichung spezifischer Forschungsziele bei und stiften einen substantiellen Mehrwert für die Forschungstätigkeit. Internationalität stellt für mich auch ein Element der Zukunftssicherung dar. Im Rahmen der strategischen Fortentwicklung der Max-Planck-Gesellschaft im internationalen Wettbewerb kommt der Entwicklung der Auslandsbeziehungen sowohl auf der Ebene der Gesellschaft als auch auf der Ebene der Institute besondere Bedeutung zu.

Angesichts sich rasch entwickelnder Regionen muss geprüft werden, welche Chancen sich für uns ergeben können. Daher werden wir zentrale Instrumente einsetzen oder entwickeln, mit denen wir diese Optionen für uns eröffnen können. Denn um auch in Zukunft die weltweit besten Forscher, den besten wissenschaftlichen Nachwuchs sowie natürliche Ressourcen erschließen zu können, müssen wir mit Ländern Beziehungen aufbauen, die bislang nicht im Fokus unseres Interesses standen.

In den vergangenen Wochen hatten sich Frau Bludau, Herr Mehlhorn und Vertreter der drei Sektionen in einer neudeutsch *fact finding* Mission über die Situation in Indien und mögliche Kooperationen informiert. Im Rahmen einer Südamerika-Reise konnte ich mich davon überzeugen, wie wichtig es ist, unsere Kontakte nach Lateinamerika zu

intensivieren. Dabei konnte ich Interessenschnittflächen für die Gebiete aller drei Sektionen ausmachen (HD-Center, Atacama-Wüste, Biodiversität).

Sofern es sich anbietet, gemeinsam mit ausländischen Partnern neue Gebiete zu erschließen, sollten wir in nächster Zeit auch über gemeinsame Einrichtungen nachdenken. Die Chinesische Akademie der Wissenschaften (CAS) denkt sogar an die Gründung eines gemeinsamen Max-Planck-Instituts in Shanghai. Die Kosten würden von der chinesischen Seite getragen.

All diese Initiativen sind als ein Angebot an Sie gedacht: Sie entscheiden, wo es aus wissenschaftlicher Sicht sinnvoll ist, diese Kontakte zu nutzen und auszubauen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um auf die eingangs erwähnte Innovation Fernsehen zurückzukommen: Das Fernsehen wurde durch eine Vielzahl von Entdeckungen in der Grundlagenforschung erst möglich: Denken Sie an Paul Nipkow mit seinem elektrischen Teleskop; Ferdinand Braun und Jonathan Zenneck, die die Kathodenstrahlröhre entwickelten oder die erste Übertragung von Bildern mit Elektronenstrahlröhren durch Zworykin. Diese Schritte ermöglichten die Weltpremiere des elektronischen Fernsehens durch Manfred von Ardenne 1931 in Berlin. An diesem Beispiel wird nicht nur deutlich, wie wichtig Grundlagenforschung für Innovation ist, sondern auch welch langem Atem dies erfordert. Von Nipkow bis Ardenne vergingen fast 50 Jahre und zum Farbfernsehen war es immer noch ein weiter Weg!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ob sich die Innovationsinitiative des Bundeskanzlers als guter Fahrtwind für die Wissenschaft in Deutschland erweist, als ein rauer Sturm oder ein rasch aufgezogenes Lüftchen, das sich schnell wieder legt, wissen wir nicht. Gewiss ist, dass die Max-Planck-Gesellschaft in Zeiten, in denen wir uns wieder einmal auf hoher See befinden, nur dann auf sicherem Kurs segelt, wenn ihre Kompassnadel auf Exzellenz und Qualität einstellt bleibt.